

Inserate
werden angenommen
in Boien bei der Expedition
am Montag, Wilhelmstr. 17.
Dr. J. Schell, Hoflieferant.
Dr. Gerber u. Breitenr. - Gde.
Otto Fickel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8
Verantwortliche Redakteure:
F. Haackfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den literarischen
und historischen Theil, in Boien.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Boien bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Zul. Hoff, Kantenstein & Pöglar & Co.
G. J. Daut & Co., Juchaczow
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist
in Boien.

Nr. 822

Mittwoch, 23. November.

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

6. Sitzung vom 22. November, 1 1/2 Uhr.

Die erste Verathung des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung direkter Staatssteuern und der Einkommensteuer wird fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Miquel: Erst heute kann ich auf die Ausführungen des Abg. Herrfurth hinsichtlich der Frage zurückkommen, welche Bevölkerungsklassen durch die Reform belastet und welche entlastet werden. Es ist nicht richtig, daß die Reform einen plutokratischen Charakter hat. Die nichtbesitzenden Klassen, d. h. diejenigen, die nur von Arbeitseinkommen leben, werden von der Vermögenssteuer befreit bleiben. Außerdem sind diese Klassen durch das neue Einkommensteuergesetz entlastet, da die Einkommen unter 900 Mark steuerfrei sind und die Einkommen bis 3000 M. im Tarif eine Entlastung erfahren haben. Die gesamte Arbeiterschaft, ebenso die Handwerker durch das neue Gewerbesteuerergesetz entlastet, da Betriebe mit einem Ertrage bis 1500 M. nicht steuerpflichtig sind. Das sind die kleinen Betriebe der Handwerker, die nicht über ein Kapital von 6000 Mark verfügen. Ich berufe mich dabei auf die Kenntniss derjenigen, die aus dem Leben und nicht bloß durch Zahlen aus dem Bureau gelernt haben.

Auch der kleine Bauernstand wird von der Vermögenssteuer nicht getroffen werden. Wenn ein Bauer wirklich einen Besitz im Werthe von 6000 Mark hat, so haften in der Regel so viel Schulden darauf, daß der Reinwerth ein viel geringerer ist. Allerdings wird auch der größere Grundbesitzer um so weniger getroffen, je mehr Schulden er hat. Ist es aber plutokratisch, wenn Derjenige stärker herangezogen wird, der steuerkräftiger ist und Derjenige entlastet wird, der weniger steuerkräftig ist?

Die Wirkung der Reform auf die Gemeindebesteuerung wird die sein, daß die kommunalen Zuschläge zur Staats-Einkommensteuer vermindert werden, und diese Verminderung wird den kleinen Besitzern in erster Reihe zu Gute kommen. Diese werden durch die Vermögenssteuer nicht nur nicht belastet, sondern entlastet.

Es ist gesagt worden, man könnte dazu kommen, für Berlin die Aufhebung der Miethsteuer zu decretiren. Nun, wenn Berlin 10 Millionen mehr durch die Reformen bekommt, dann wird doch wohl auch die Erwägung stattfinden müssen, ob nicht ein Erlaß der Miethsteuer oder eine Ermäßigung derselben im Interesse der Miethwohlhabenden erfolgen kann. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß dies geschehe. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Herrfurth hat sich auch in einen Widerspruch verwickelt, wenn er sagte, die Miethwohlhabenden werden mehr belastet, und das Wahlrecht werde nach plutokratischer Richtung verschoben. Richtig wäre die Behauptung, daß die Reform eine plutokratische Wirkung auf das Wahlrecht habe, nur dann, wenn er auch der Ansicht wäre, daß die reichen Leute mehr zahlen. Es ist ganz richtig, daß auch die Besitzenden entlastet werden, aber doch nur insofern, als sie bisher überlastet waren. Wollen Sie denn den Kapitalisten einen Vorsprung geben vor dem Nichtbesitzenden oder dem verschuldeten Arbeiter? Die Ungleichheit, die bisher zwischen diesen beiden Arten von Steuerzahlern herrschte, wollen wir beseitigen, ein Jeder soll gleichmäßig besteuert werden. Ein solches System kann man doch mit Grund nicht plutokratisch nennen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cohnen (ntl.): Die Steuervorlagen, die größten Vorlagen, die seit 20 Jahren dem Abgeordnetenhaus zugegangen sind, sind in der kurzen Zeit von 4 Monaten ausgearbeitet worden. Da darf man wohl fragen, ob diese wichtigen Vorlagen in so kurzer Zeit auch mit richtiger Erkenntnis ihrer Wirkungen und Ziele und mit Berücksichtigung der überaus verschiedenartigen Verhältnisse des preussischen Staates ausgearbeitet werden konnten. Sofort nach Bekanntwerden des Reformplanes erhoben sich Lobeserhebungen über Lobeserhebungen. Wenn sich aber einzelne schüchterne Leute wie ich (Heiterkeit) mit einer Kritik hervorwagten, wurden diese Kritiker in der öffentlichen Presse mit der Bemerkung abgefertigt, sie lieferten kein positives Gegenprogramm. Das ist auch gar nicht Pflicht des einzelnen Abgeordneten.

Die Ziele der Reform sind Entlastung des überbürdeten Grundbesitzes und Erleichterung der Kommunalsteuern. Das erste Ziel wird jedenfalls erreicht. Die Rechte stimmt diesem Plane zu, nur weil sie sich ausgerechnet hat, daß sie dabei gut fährt (Widerspruch rechts). Dem Grundbesitz fallen aus dieser Reform viele Millionen zu.

Einem anderen Theile des Reformplanes, der Aufgabe der lex Huene, stimme ich zu. Die Kreise werden zwar die Entziehung der Ueberweisungen aus der lex Huene schwer empfinden. Das eine aber ist sicher, daß, wenn die lex Huene aufgegeben wird, die Kornzölle fallen (Widerspruch rechts). Die extremen Parteien werden dieses Agitationsmittel nicht aus der Hand lassen, und ich bin der Ueberzeugung, daß der Reichstag binnen Kurzem die Aufhebung der Getreidezölle beschließen wird. Ich würde damit nicht unzufrieden sein, denn ich bin niemals ein Freund der Kornzölle gewesen. Nun sagt der Minister, die lex Huene werde dem Staate 30 Millionen Mark mehr bringen, ich glaube, der Betrag wird größer sein. In den letzten Jahren haben die Ueberweisungen durchschnittlich 45 Millionen betragen. Selbst nach Ermäßigung der Getreidezölle würden die Erträge, wenn die Einfuhr dieselbe bliebe, 32 Millionen ausmachen. Aber es ist zweifellos, daß die Landwirtschaft von der Kartoffel- und Getreidewirtschaft sich allmählich abwendet und zu denjenigen Produkten übergehen wird, die mit der Industrie in innigen Zusammenhänge stehen. Durch die alsdann vermehrte Einfuhr werden die Erträge aus den Getreidezöllen steigen. Der Finanzminister mag ganz ruhig das Einkommen aus den Kornzöllen für 35 Millionen verpacken. Juden und Zuhengenoßen würden ihm gern mehr als 35 Millionen geben. (Heiterkeit.)

Zu den Mehrerträgen aus der lex Huene kommen die Entschädigungskapitalien, welche von denjenigen zurückgezahlt werden sollen, die i. B. für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit entschädigt worden sind. Nimmt man an, was durchaus gerechtfertigt wäre, daß die Entschädigung von allen zurückbezahlt wird, so erhalten wir die Summe von 20 Millionen. Dazu kommen die Zinsen aus den thesaurirten 150 Millionen Mark Ueberflüssen aus der Einkommensteuer. Nimmt man alle diese Beträge zusammen, so bleiben nur noch 15 Millionen zur Deckung des Ausfalls für den Erlaß der 100 Millionen Ertragssteuern übrig. Und um dieser 15 Millionen willen will man so viele neue Steuern einführen. Freilich sollen die 150 Mill., wie wir aus der Denkschrift erfahren, zu anderen Zwecken verwandelt werden als im § 82 des Einkommensteuergesetzes vorgelesen wird. Aber ich erinnere daran, daß dieser Verwendungszweck von der Mehrheit des Hauses bei der Verathung des Reichstages Schulgesetzes verworfen worden ist. Warum will man die Bestimmungen eines Paragraphen nicht befolgen, die nach sehr schwerwiegenden Erwägungen von der überwiegenden Mehrheit des Hauses vereinbart worden sind?

Das Programm des Ministers ging dahin, daß niemand mit Steuern mehr belastet werde, als erforderlich sei. Aber seine Reform befolgt diesen Grundsatz nicht. Er behauptet, daß im Lande Unzufriedenheit herrsche. Viele Unzufriedenheit ist aber doch nur auf die Einkommensteuer zurückzuführen, und zwar auf die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und auf die Progression für die höchsten Einkommen auf 4 Proz. Die Konserativen waren es, die sich um das Zustandekommen dieser Bestimmungen besonders verdient gemacht haben, sie haben also die Unzufriedenheit geschürt (Unruhe und Widerspruch rechts). Muß es nicht Unzufriedenheit erregen, daß die Steuerkraft des Landes von Neuem in Anspruch genommen wird, während die Befolgsverbesserungen der Beamten stehen bleiben.

Aber selbst wenn eine Ergänzungssteuer notwendig ist, dann ist die Vermögenssteuer der ungünstigste Ausweg. Sie steht im Widerspruch mit dem Schutz des Eigentums, das der Staat auf seine Fahne schreibt. Der frühere Finanzminister Camphausen hat im Herrenhause schon darauf hingewiesen, daß wir uns damit der Sozialdemokratie nähern. Die Vermögenssteuer hat zweifellos einen konfiskatorischen Charakter. Sie wird ganz besonders entlastungsfähig sein, und was das bei unserer Finanzverwaltung bedeutet, kann man sich denken. Es heißt aber auch das Prinzip der Einkommensteuer umstoßen, wenn man eine Steuer von Vermögen nimmt, das ein oder zwei Jahre hintereinander keinen

Nettoertrag abwirft. Dann hat die Vermögenssteuer nur den Charakter einer Aufwandssteuer. Man will auch die Baupläge besteuern. Es ist mir aber nicht bekannt, daß die Grundstückspekulationen immer gewinnbringend sind. Ich kenne viele Baupläne, die ihr Vermögen eingebüßt haben. Es ist auch unrichtig, daß die Grundstückspreise in den Städten durchweg steigen. Selbst diejenigen, die sich für die Vermögenssteuer aussprechen, müssen zugeben, daß in Amerika und in der Schweiz mit dieser Steuer schlechte Erfahrungen gemacht werden mit Ausnahme von Basel-Stadt. Und auf dieses Beispiel sich berufen hieße doch, dasselbe thun, als wenn man darauf hinwiese, der deutsche Kaiser solle seine Heeresorganisation vornehmen nach dem Muster des Fürsten von Monaco. (Heiterkeit.) Wenn Sie schon eine Vermögenssteuer wollen, warum führen Sie nicht auch eine Mobiliarsteuer ein, oder auch solche für Diamanten? Die Vermögenssteuer wird überaus scharf und vegetarisch wirken, und mancher Steuerzahler wird einen Monat arbeiten müssen, um alle die Angaben machen zu können, die das Gesetz verlangt. War schon die Einkommensteuer veratorisch, so sieht man ja bei der neuen Vermögenssteuer ins Herz des Einzelnen hinein. (Sehr richtig! links.) Wer glaubt, daß das Vermögen so ohne Weiteres Ertrag abwirft, hat keine Ahnung von den Mühen und Qualen, die im gewerblichen Leben herrschen bei der großen Konkurrenz. Und wie wollen Sie denn die Geheimhaltung wahren, nachdem Sie nicht einmal bei dem Einkommensteuergesetz dazu im Stande waren? In Rheintland zirkuliren ja die Listen über die Einkommensteuer in den Häusern, und bei der Vermögenssteuer wird dasselbe der Fall sein. Das aber wird der Ruin des kleinen Mannes sein. (Sehr richtig! links.) Man zwingt ja den Bürger dadurch geradezu, seine Verhältnisse zu verschleiern. Ist eine Ergänzungssteuer nötig, dann müßte sie innerhalb des Rahmens der Einkommensteuer erfolgen. Prinzipiell verwerfe ich die Vermögenssteuer nicht, sie müßte in besonderer Form kommen, in Verbindung mit der Deklaration aber muß ich sie bekämpfen.

Diese neue Steuer wird ja befristet damit, daß eine Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen gemacht werden soll. Man bezieht sich auf den Arzt, den Advokaten, den Gelehrten, aber es giebt Leute unter diesen, die ein so kolossales Einkommen haben, wie kein Kapitalist. Warum soll denn ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Kapitalisten und dem Erfinder, der kolossale Jahresbeträge hat, ohne etwas zu thun? Da wäre es doch geeigneter, eine Erbschaftsteuer einzuführen. Die Hausstände haben eine solche Steuer. Wenn man den in diesen Städten erhobenen Prozentsatz zu Grunde legen wollte, so würden wir in Preußen eine Einnahme von 100 Millionen haben. Nehmen wir nur 1 1/2 Proz., so kämen auch 37 Millionen heraus.

Mit dem Kommunalsteuergesetz bin ich ziemlich einverstanden, nur müßte der urbarische Charakter geändert werden. Es scheint, daß man von der Regierungseite die Zuschläge zur Einkommensteuer schematisiren wolle, um sie möglichst unter 100 Proz. herunterzubringen. Man mag auch wohl die Absicht haben, vorzugsweise die indirekte Besteuerung, die Vertheuerung nothwendiger Lebensmittel in den Vordergrund zu stellen. Auf diese Punkte so wohl, wie auf die Verschiebung des Wahlrechts werden wir unsere Aufmerksamkeit richten müssen. Schon jetzt ist die Verschiebung ungeheuer, sie wird nach Einführung der Vermögenssteuer noch größer sein. Ich werde meine Mitarbeit zur Reform nicht versagen, möchte aber mit den Worten eines anderen Redners schließen: „Es kommt bei diesem Gesetz nicht bloß auf die materielle, sondern auch auf die psychische Wirkung an.“ (Beifall links und vereinzelt bei den Nationalliberalen.)

Generalsteuerdirektor Burghart: Ich freue mich, daß der Vorredner trotz seiner schüchternen Opposition mit Ausnahme der Ergänzungssteuer die Probleme nicht anders lösen will als wir. Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie die Gemeinden auf die Besteuerung nothwendiger Lebensmittel hindränge. Das ist nicht wahr. In § 10 des Kommunalsteuergesetzentwurfs ist die Besteuerung von Fleisch, Wehl u. dgl. ausdrücklich verboten. Auch davon, daß die kommunale Personalsteuern unter 100 Prozent der Staatssteuer gehalten werden sollen, steht in dem Gesetz nichts. Die Regierung will durch Ueberweisung der Realsteuern an die Gemeinden nur eine Verminderung der Personalsteuern herbei-

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 22. November.

Eleonore Duse hat sich gestern nun auch den Berliner vorgestellt und sich sofort uneingeschränkte Bewunderung erzwungen. Sie spielte gestern mit ihrer Gesellschaft im Lessing-Theater die „Kameliendame“. Das Haus war natürlich ausverkauft, aber auch für ihre weiteren Gastspiele sind die Billets fast sämtlich bereits vergriffen, trotzdem die Preise des Lessing-Theaters für das Duse-Gastspiel verdoppelt sind, also z. B. ein Parkettstz 10 Mark kostet. Freutlich wars, daß man neben vielen Besuchern, die eben nur da waren, um gesehen zu werden, so zahlreich schauspieler im Auditorium sah — alle bedeutenden Künstler unserer Theater, soweit sie gestern nicht beschäftigt waren erschienen. Sie können in der That von Eleonore Duse sehr viel lernen — wenn anders die Kunst dieses schauspielerischen Phänomens überhaupt zu erlernen ist.

Was die Duse ist und kann und wo die Grenzen ihrer künstlerischen Herrschaft liegen, das werden wir erst nach Schluß ihres sechs bis acht Rollen umfassenden Gastspiels erkennen können. Ihr Repertoire umfaßt die Kameliendame und die Julia, die Bäuerin Santuzza und die königliche Cleopatra, Abens Nora und Sardous Feodora — kein Rollengebiet

scheint ihr fremd und doch — als wir gestern ihre Marguerite Gauthier gesehen, da schien es uns unmöglich, daß sie auch eine andere Rolle spielen könne. Geht sie doch so völlig in dieser Rolle auf, scheint doch von ihrer eigenen Persönlichkeit auch nicht das kleinste Restchen zu bleiben — sie ist ganz und gar diese Marguerite, für Anderes in ihr scheint gar nicht Raum zu sein. Man vergißt bei ihrem Spiel völlig, daß man nur ein Spiel vor sich hat; man wird mit hineingezogen in die Schicksale dieser Marguerite. Dieser Leistung geht jeder, auch der leiseste theatralische Zug ab. Wenn beim Anblick des Vaters ihres Geliebten der Schreck ihr Herz heben macht, dann erblaßt sie, und glücklich strahlen ihre Augen, freudig röthen sich die Wangen, wenn der Geliebte naht. Sie verschmähst allen Theaterhehl, Schminke, große Toiletten und dergleichen. Sie spielt auch ihre Rolle gar nicht, sie erlebt sie. Das ist keine lobrednerische Phrase, das ist die Konstatirung einer Thatfache. Wenn sie nicht immer wieder die Schicksale ihrer Marguerite auf der Bühne durchleben würde, wie wäre sonach das Kommen und Gehen der Farbe auf ihren Wangen zu erklären oder die hellen Thränen, die ihr in den Augen stehen, oder das Schluchzen, das ihr die Kehle empor steigt? Sie steht eben immer ganz unter dem Banne ihrer Rolle, sie hat so ganz ihre Persönlichkeit in die zu spielende Gestalt hineingegossen, daß jeder

Dualismus, jede Differenz zwischen der Darstellerin und dem Dargestellten fortfällt. Sie ist völlig Natur und so spielt sie die Rolle völlig naiv und instinktiv, ohne jede Anlehnung an die Tradition. Sie erscheint auf der Bühne mit dem weichen, ziehenden Gang schon die Courtisane zeichnend. Mit einem Zucken des Mundes, der Schultern, mit einem Schwanken des Tones läßt sie die innere, die Seelenthätigkeit des Weibes, das Reimen und Reisen eines Entschlusses erkennen. Jeder Stimmungswechsel, jeder Seeleneindruck wird sichtbar, aber das geschieht nicht durch die verdeutlichenden Mittel gewöhnlicher Schauspielkunst, sondern wie etwas Unbewußtes. Am lehrreichsten für ihre Darstellungsart ist vielleicht der zweite Akt der „Kameliendame“. Marguerite, gekränkt durch den eifersüchtigen Verdacht Armands, bittet ihn sie zu verlassen. Sie erinnert ihn an ihre, der Courtisane Vergangenheit. Während sie so eifrig auf ihn einredet, sie zu verlassen, ergreift sie die Angst, Armand könne wirklich ihrer Aufforderung folgen. Das schnürt ihr die Kehle zusammen; mit einem aufsteigenden Schluchzen kämpfend klingt die Stimme rauh, der Ton gepreßt. Die großen wehmüthigen Augen füllen sich mit Thränen — doch sie will Armand ihre Stimmung nicht verrathen, sie spricht tapfer weiter. Um sich den Anschein der Unbefangenheit zu geben, nestelt sie mit den schlanken weichen Fingern in dem vollen schwarzen Haare,

führen und ferner will sie, wenn sich Uebelstände herausgestellt haben, wenn eine Mißwirtschaft entstanden ist, es in der Hand haben, von Aufschisswegen diese Uebelstände zu beseitigen. Da ist doch von Schematismus keine Rede.

Die Wirkungen der Ueberweisungen der Realsteuern an die Gemeinden werden, wie sich ziffermäßig darlegen läßt, bezüglich der Ermäßigung der Zuschläge zur Einkommensteuer sehr wesentlich sein. So giebt es jetzt Kommunen, in denen 300 Prozent Zuschläge erhoben werden, die aber nach Ueberweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nur 24 Prozent werden zu erheben brauchen. Wo eine Verminderung der Zuschläge nicht stattfinden wird, da liegt es in der schlechten Finanzverwaltung der Gemeinden, da müssen wir diesen sagen: Es steht etwas Pathologisches in euch. (Heiterkeit.)

Herr v. Gynern will anstatt der Vermögenssteuer die Erbschaftsteuer. Aber es hat sich doch schon vor zwei Jahren gezeigt, daß dafür hier keine Sympathien vorhanden sind. Ein Vergleich mit Amerika und der Schweiz bezüglich der Vermögenssteuer ist völlig unangebracht. Denn wir können nicht unsere Verhältnisse mit denen dieser Länder vergleichen. Sollen Sie überzeugt, daß die Regierung alles, was thunlich ist, im Sinne der Erleichterung gewähren wird. Die Deklaration hat bei dem Einkommensteuergesetz eingeführt werden müssen, um dem Mißbrauch der Verheimlichung des Einkommens entgegenzutreten. Der Widerstand gegen das Einkommensteuergesetz und gegen die Vermögenssteuer, sowie gegen die Deklaration ist echt kapitalistisch. Dies wollen wir doch festnageln (Heiterkeit).

Abg. Frhr. v. Sueren (Ztr.): Darüber herrscht nach den Erklärungen der meisten Redner wohl kein Zweifel, daß ohne ein Wahlgesetz die Reform nicht zu Stande kommen wird.

Das Zentrum hat stets die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer als unumgänglich notwendig anerkannt, weil diese Steuern durch ihre Ungleichmäßigkeit, durch die Nichtberücksichtigung der Schuldenlast, durch die Zuschläge der Kommunen, zu den ungerechtesten in Preußen geworden sind. Insofern erfüllt die Regierungsvorlage einen von uns lange gehegten Wunsch. Die Unterscheidung zwischen Ueberweisung und Erlaß mag theoretisch richtig sein, praktisch ist sie es nicht. Ich gebe der Ueberweisung den Vorzug, weil die Gemeinden sich dann klar werden, daß sie hier eine Steuer erheben.

Die Ansicht des Abg. Herrfurth, auf dem Lande bestehe unter den Angehörigen Wohlhabenheit, ist ein gefährlicher Irrthum. Wenn wir das von uns sagen können, so wären wir schon raus. (Heiterkeit.) Wir brauchen uns dann mit solchen Gesetzen gar nicht zu beschäftigen. Thatsächlich ist unser Grundbesitz verschuldet. Nun sagt man, wenn diese Grundbesitzer sich nicht halten können, dann mögen andere Leute kommen, welche mit den nötigen Kapitalien, die sie sich anderwärts erworben haben, Grundbesitzer werden. Das ist ein ganz heillosen Ausspruch. Wir stehen vor der Thatsache der Verschuldung. Wenn wir nicht Abhilfe schaffen, gehen wir schweren Zuständen entgegen; dem müssen wir vorbeugen mit jedem Mittel, welches uns brauchbar erscheint.

Man sagt zwar, die Personalsteuer sei auch zu hoch mit Zuschlägen belastet. Gewiß, aber sie beruht auf der wirklichen Leistungsfähigkeit. Die Grundsteuer dagegen ist kein Ausdruck der Leistungsfähigkeit. Wenn durch die Einkommensteuer alle diejenigen, die mehr Steuern können, auch mehr Steuern, so ist das ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Durch den § 82 des Einkommensteuergesetzes sind wir zur Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer verpflichtet. Dort ist auch gar kein Zweifel gelassen, daß die Ueberlässe aus der Einkommensteuer zur Durchführung der Ueberweisung der Realsteuern gebraucht werden sollen.

Gegenüber dieser Reform stimme ich für die Aufhebung des von mir eingebrachten Gesetzes. Ich ziehe dabei die Konsequenz aus meiner damaligen Stellungnahme, denn ich habe mit meinem Antrag nur die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer vorbereiten wollen. Ich bereue keineswegs, die Anregung zu diesem Gesetz gegeben zu haben. Ich gebe gern zu, daß die Vermehrungen im einzelnen hier und da nicht glücklich waren. Das ist wesentlich darin begründet, daß man sich das Gesetz nach seiner Tendenz und nach seinem Wortlaut nicht klar gemacht hat. Abgesehen von diesen Fällen hat das Gesetz segensreich gewirkt.

Die Vorlagen der Regierung stehen neben der Grund- und Gebäudesteuer auch die Gewerbe- und Bergwerkssteuer in den Ueberweisungsplan hinein. Ich weiß nicht, ob man das durchführen kann. So radikal kann zwischen Real- und Personalsteuer nicht geschieden werden, daß der Grundbesitz völlig zur Durchführung komme: Die Realsteuern den Gemeinden, dem Staat die Personalsteuern. Bei der Gewerbe- und Bergwerkssteuer ist die Ueberweisung wünschenswerth, aber sie ist nicht geboten. Die Bergwerkssteuer ist zur Zeit noch gar keine Steuer. Erst das Kommunalsteuergesetz macht sie dazu, aber die Gemeinden haben keinen rechten Anhalt für die Erhebung. Mit der Ueberweisung der Realsteuer wird dem Großgrundbesitz kein Geschenk gemacht; denn in Bezug auf die Verschuldung liegen die Verhältnisse bei Groß- und Kleingrundbesitz ziemlich gleich. Es wird keine Steuerfreiheit gewährt;

denn die Realsteuern werden in Zukunft als Gemeindesteuern erhoben. Bezüglich der Ergänzungssteuer herrscht bei einigen meiner politischen Freunde die Ansicht vor, die bereits zur Verfügung stehenden Mittel machten eine Ergänzung unnöthig. Ich persönlich halte sie für notwendig, damit man bei vorsichtiger Finanzwirtschaft diese Gesetzgebung machen kann. Wie kommt es aber, daß der Minister bei Veranschlagung der verfügbaren Mittel jetzt anders rechnet als vor zwei Jahren?

Die Regierung hat dem Landtag eine neue Vermögenssteuer von großer Tragweite vorgeschlagen. Da ist es ganz natürlich, daß man sich fragt: Frau, schau, wem, dies Gefühl ist hier im Hause und auch bei meinen politischen Freunden vielfach zum Ausdruck gekommen. Man hat gesagt, die Vermögenssteuer sei eine schlechte Steuerart, man solle die Henne nicht schlachten, die goldene Eier legt. Sehr auffallend ist die Skala. Auf Grund derselben werden für die mittleren Vermögen Sätze getroffen, die denen der Einkommensteuer gleichstehen, in einzelnen Fällen sogar höher sind. Die Folge der Zusammenwirkung beider Skalen ist die, daß die mittleren und unteren Klassen in der Vermögenssteuer eine neue Belastung finden müssen. Das sollten Sie nach allen Beispielen bei der Einkommensteuer nicht thun. (Sehr richtig! links.) Die Regierung wird mit der Bestimmung der Prozentätze höher hinaufgehen und bei einem Einkommen anfangen müssen, das man wirklich „Vermögen“ nennen kann.

Die vorgeschlagene Veranlagungsmethode ist äußerst schwierig. Wie soll z. B. ein Grundbesitzer seine Verhältnisse vor einer Kommission klarlegen, die gar nichts von Landwirtschaft versteht?

Die Veranlagung ist ein Punkt, bei dem wir uns, so wie er vorliegt, nicht beruhigen können. Der größte Fehler der Vermögenssteuer aber ist der, daß sie zu einer Zeit eingebracht ist, in welcher noch allwärts Mißstimmung darüber herrscht, wie namentlich die Staatskommission sich der Einschätzung der Menschheit entledigt haben (sehr richtig! links). Die Mißstimmung beruht nicht darüber, daß einige Mark mehr bezahlt werden müssen, sondern darüber, daß die nach bestem Gewissen gemachte Deklaration einfach ignoriert wird. Herr v. Schalscha hat im vorigen Jahre solche Bedenken auch angeführt und gemeint, die Erledigung der Verurteilung würde sehr lange auf sich warten lassen. Herr v. Schalscha hat selber reklamiert und wie ich glaube, noch heute keine Antwort. (Abg. v. Schalscha: Nein! Heiterkeit.) Nach zehn Jahren, wenn sich die Deklaration eingelebt haben würde, würde eine Vermögenssteuer eine Förderung erfahren, heute ist gerade die Deklaration ein Hinderniß. Wenn aber Herr von Gynern die Erbschaftsteuer als Ergänzungssteuer will, so kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Denn sie wirkt bei verschiedenen Erbschaften ganz gleich.

Herr v. Gynern meint, der Abbotat und Arzt habe oft ein kolossales Einkommen und stelle dazu die Witwe in Gegensatz, die nur über ein kleines Kapital verfüge, aber von diesem Steuern müsse. Er vergißt dabei, daß die Arbeitskraft des Arztes, Advokaten u. s. w. abnimmt, das Kapital aber bleibt. Durch die Ausführungen des Herrn v. Gynern ging ein elegischer, etwas platonisch angehauchter Zug (Heiterkeit.) Eine Vermögenssteuer wäre durchaus zu empfehlen, man könnte die Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen innerhalb des Einkommensteuergesetzes nur dann machen, wenn es gelänge, das Arbeitslohn nach einem richtigen Prozentsatz zu fixieren. Entgegen dem Herrn v. Gynern muß ich eine Besteuerung der Wäppläbe gutheißen und fordere den Minister auf, genau aufzupassen und die Spekulations-Objekte nach dem dreijährigen Durchschnittswert zu besteuern. Noch heute bedaure ich es, daß wir seiner Zeit aus Sentimentalität eine Aufwandssteuer abgelehnt haben. Gelingt es nun aber nicht, eine Ergänzungssteuer durchzubringen, dann sollten wir uns vorläufig auf die notwendige Reform: die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer beschränken, dagegen vorläufig auf die Gewerbe- und Bergwerkssteuer, bei denen der Erlaß nicht so dringend notwendig ist, noch verzichten. Was nun das Kommunalsteuergesetz betrifft, so werden wir zunächst darauf zu sehen haben, daß die Gemeinden zur Ertragssteuer nicht allzu stark herangezogen werden. Vor allem aber werden wir eine gerechte Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Gemeinden und dem staatlichen Aufsichtsrecht finden müssen. Hoffentlich gelingt es uns, etwas Gutes zu Stande zu bringen. (Beifall im Zentrum.)

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem erste Berathung des Ergänzungssteuergesetzes.)

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 22. November, 2 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Abg. v. Levetzow, als Präsident der vorigen Session, eröffnet die Sitzung mit einigen Worten der Begrüßung.

Der darauf vollzogene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 223 Mitgliedern. Das Haus ist somit beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Wahl des Präsidiums und der Schriftführer).

doch sie ist nicht Herrin ihrer Bewegung, ihr unbewußt fährt die Hand plötzlich über die beschattete Stirn, wie um einen häßlichen Gedanken zu verschonen, während ihr Auge, nun in Thränen schwimmend, sehen das Antlitz Armands sucht. Und nun, da er trotz ihrer Selbstanklagen seiner Liebe zu ihr trenn bleibt, da fliegt sie auf ihn zu und umschlingt ihn mit einer so innigen Leidenschaft, wie wir sie nie auf der Bühne gesehen. Kein Aufjauchzen erringt sich der gepreßten Brust, sie ist völlig gebrochen von dem Seelenkampf der letzten Minuten. Im Parfett neben mir eine Dame, die kein Wort Italienisch versteht, begann bei dieser Szene zu weinen — das war mir der sicherste Werthmesser für die Wahrheit, für die tiefinnerliche Wirkung, die das Spiel der Duse nothwendig hervorrufen muß. So viel für heute nur, um eine Vorstellung von der Eigenart dieser einzigen Künstlerin zu geben. Ich will ein andermal die Leistungen der Dug als ein Ganzes hier untersuchen. Ihr Partner, Sign. Ando, ist ein Künstler ersten Ranges; uns störte mitunter nur etwas überschüssiges Temperament. Ich fürchte, er wird den korrekten Helmer in der „Nora“ nicht spielen können. Die Gesamtdarstellung unserer italienischen Gäste war gut und sehr lebendig, das Tempo des Dialogs freilich von einer beängstigenden Rapidität.

Seit meinem letzten Briefe ist hier wieder einmal ein neues Theater eröffnet worden. Es befindet sich am Schiffbauerdamm, nahe der Friedrichstraße — ein Theater von vornehm künstlerischer Ausstattung, wohl unser schönster Theaterbau. Die Foyers sind ungemein elegant, im Foyer des 1. Ranges befindet sich ein kleines Diorama, die Wände sind reich mit malerischem und plastischem Schmuck versehen. Der Aufenthalt in dem Theaterraum ist

wirklich behaglich. Wände und Decke reich aber geschmackvoll vergoldet, sind in leichten Tönen gehalten, dazu bildet das tiefe Roth der Plüschseffel und Logenwände einen sehr traulichen Gegenatz. So hätte man am Sonnabend, in der Eröffnungs-Vorstellung sich sehr wohl fühlen können, wenn die schauspielerischen Darbietungen nicht durchweg schlecht gewesen wären. Die Iphigenie spielte Anna Fähring, die Gattin des Herrn v. Stranz. Ich weiß nicht, welches Fach die stattliche Künstlerin eigentlich beherrscht, aber ich habe mich überzeugt, daß sie außer der Figur für die Iphigenie nichts besitzt. Das Parzenlied fäufelte sie uns mit liebenswürdigem Lächeln vor; in Auffassung und Darstellung dieser Iphigenie war auch nicht eine Spur von Größe und Innerlichkeit. Der Drest des Herrn Stritt war noch schlimmer, die Darstellung der übrigen Rollen durchweg verfehlt. Es war ein böser Abend. Zwar fanden sich zahlreiche Leute, die lebhaft klatschten und Direktor Löwenfeld Gelegenheit zu einigen Dankesworten gaben, aber es war doch unbestreitbar ein großes Fiasko. Doch vielleicht wird heute Abend diese Scharte ausgeglichen. Die Iphigenien-Vorstellung war nur eine Art Prologus — heute Abend schon folgt ein japanisches Bühnenpiel „Die Liebeshändlerin“, das die Mitglieder des „Neuen Theaters“ hoffentlich von einer besseren Seite zeigt. Bei einem Theater, dessen Preise denen des Deutschen und des Lessing-Theaters fast gleichkommen (Parfett 4 Mark) darf man das wohl verlangen.

Richard Greling und sein Schauspiel „Gleiches Recht“ haben bei Ihnen dank dem Polizeiverbot eine gewisse Popularität erworben — da wird es Sie interessieren, daß am Freitag im Lessingtheater ein neues Stück dieses Autors „Ralsen wider Ralsen“ gespielt worden ist. Diesem herzlich

□ **Berlin, 22. Nov.** Von der Thronrede hat wohl niemand eine derart kräftige und neue Begründung der Militärvorlage erwartet, daß das Urtheil über die Heeresreform dadurch sofort hätte geändert werden müssen. Trotzdem und obwohl die Erwartungen nur mäßige waren, ist die Enttäuschung im Reichstage allgemein. Selten ist eine Reichstagsession mit einem so nüchternen Aktenstück eingeleitet worden. Die matten Versuche zu einer wärmeren Tonart, in die die Thronrede ausklingt, bilden nur den Hintergrund eines trockenen Bureaualtrismus. Warum die Militärvorlage unumgänglich nothwendig geworden sein soll, das bleibt nach dieser Thronrede ebenso dunkel wie vorher. Es ist allerdings richtig, daß die Reichsregierung nicht den Fehler begehen durfte, die auswärtige Lage in düsteren Farben zu malen, um so den jedenfalls doch aussichtslosen Versuch einer Erzwingung ihrer Forderungen zu machen. Aussichtslos wäre der Versuch geblieben, weil die Absicht allzu deutlich hätte durchschimmern müssen, und auf eine Wiederholung der Melinit- und Barackengeschichten von 1887 wird die Bevölkerung nicht wieder hineinfallen. So stellt sich das Eigenthümliche dar, daß die Thronrede im selben Athemzuge die Friedlichkeit der europäischen Lage betont und die gewaltigste Verstärkung unserer Wehrkraft fordert. Die nämliche Zwiespältigkeit tritt an noch zwei anderen Stellen zu Tage. Das Aktenstück konstatirt, daß auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens berechnete Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen sind. Zugleich aber wird von der guten Ernte und den Handelsverträgen ein kräftiger Aufschwung der wirtschaftlichen Thätigkeit erwartet. Die zweite Gegenätzlichkeit bietet sich bei der Staatsfrage dar. Zwar redet die Thronrede nicht ausdrücklich davon, daß der Abschluß des vorjährigen Etats die nachträgliche Leistung von ganz ansehnlich erhöhten Matrifularbeiträgen erfordert; dafür verheißt sie, daß ungeachtet der Mehrausgaben für das nächste Jahr die Bundesstaaten in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr als ausreichende Deckung für die Matrifularbeiträge empfangen werden. Das ist ein Versprechen, nichts weiter. Wie sich der Rechnungsabschluß des jetzt zu beschließenden Etats im Herbst 1894 gestalten wird, weiß heute noch kein Mensch zu sagen, auch Herr v. Malzahn nicht. Aber den Verfassern der Thronrede mußte daran liegen, einige hellere Farben in das sonst gar zu schwarz gerathene Bild zu setzen, und da die üble Lage von Handel und Wandel nicht ganz zu verschweigen war, so heben sich die dunkeln und die weißen Linien in der Schilderung, die die Thronrede von unseren Verhältnissen giebt, merkwürdig unvermittelt von einander ab. Bei der Darlegung der Verhältnisse mit ungünstiger Wirkung wird auch die Cholera erwähnt, aber vergeblich späht man in der Thronrede nach der Ankündigung eines Menschenjüngengesetzes aus. Der Argwohn hat hiernach freilich einigen Grund, daß diese Materie überhaupt nicht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, sondern durch die Gesetzgebungen der Einzelstaaten neu geordnet werden soll. Was die Militärvorlage und die korrespondierenden Steuerentwürfe betrifft, so fällt es auf, daß die Thronrede von der Besteuerung „gewisser Börsengeschäfte“ spricht. Nach der in ihren Grundzügen schon bekannten Börsensteuervorlage sollen nicht bloß „gewisse“, sondern sämtliche Börsengeschäfte, ganz wie bisher, nur eben mit verdoppelten Sätzen, besteuert werden. Es sieht so aus, als ob die Börsensteuer wirklich erst in den allerletzten Tagen fertig geworden sei, und daß die Thronrede an der betreffenden Stelle auf eine Vorlage, die inzwischen durch eine andere überholt worden ist, Rücksicht nimmt. Die Thronrede geht darüber hinweg, daß die neuen Steuervorlagen mit ihrer Abschlußziffer von 58 Millionen Mehretrag durchaus nicht die volle Deckung für die mehr als 64 Millionen bringen, die die Militärvorlage kosten soll. Es wird nur gesagt, daß neue Einnahmequellen erschlossen werden sollen, „um den Haushaushalt der einzelnen Bundesstaaten mit der Aufbringung der für die

schlechten Schauspiel würde freilich selbst ein Polizeiverbot nichts nützen. Das hervorstechende Charakteristikum dieses Stückes ist die Lagenweil. Und was noch schlimmer: man glaubt keinen Augenblick, daß es dem Autor ernst ist mit seiner Aufgabe. Sonst hätte er nicht so breite, unerträglich possenhafte Einschübe machen können, die als Possen-Einakter unter dem Titel „Ein Stündchen beim Rechtsanwalt“ und „Ein Stündchen im Anwaltszimmer“ bei Stiftungsfeiern oder Polterabenden in juristischen Kreisen wohl gefallen mögen, das nicht juristische Publikum aber empfindlich langweilen. Den Mangel an geistreichen Einfällen sucht der Autor zu ersetzen durch gewöhnliche Possenscherze, selbst durch Einfügung eines stotternden Schreibers. Der Konflikt des Stückes ist eine Variation des Denise-Themas, aber durchaus erklügelt und auf den erzwungensten, unglaublichsten Voraussetzungen erbaut. Das Thema präzis gefaßt lautet etwa: was geschieht, wenn eine Frau vor der Ehe, vor fünf Jahren ein Verhältniß gehabt hat, sich jetzt Mutter fühlt und ihr Gatte zur Verfechtung seines Ehecheidungs-Prozesses zufällig einen Rechtsanwalt wählt, der vor fünf Jahren der jetzt von ihm gesuchte Verführer gewesen ist? Man sieht — ich brauche mich auf Einzelheiten wohl nicht erst einzulassen — es ist eine ganz konstruirte Geschichte, deren Lösung ganz willkürlich ist. Während der Gatte anfangs die Ehe gelöst wissen will, versöhnt er sich zum Schluß mit der Gattin — ohne daß inzwischen das Geringste geschehen wäre, wodurch er sich zu dieser Aenderung seiner Ansicht hätte umstimmen lassen können. Nun giebt es ja zweifellos Leute, die heute plötzlich Ja sagen, nachdem sie bisher Nein gesagt haben — aber wenn Greling den Ehemann des Stückes so aufgefaßt sehen wollte, wozu dann das ganze Stück?

Verstärkung der Armee erforderlichen Mittel nicht zu beschweren." Nun sollen die Einzelstaaten mit der Differenz zwischen jenen 58 und diesen 64 Millionen ja doch beschwert werden, es sei denn, daß diese Stelle der Thronrede andeuten soll, daß eine Verfindung mit dem Reichstage über eine reduzierte Militärvorlage in Aussicht genommen wird. Darauf deutet vielleicht auch die Bemerkung hin, daß es zu einer "Einigung" über die Heeresreform kommen werde. Einigen thut man sich doch nur, wenn zwei einander entgegenstehende Anschauungen sich auf einer mittleren Linie treffen, und nicht, wenn der Eine bei seiner Forderung beharrt und der Andere ohne Erlangung von Zugeständnissen schlechtweg nachgibt. Die Thronrede schweigt über die Neuierung des Quinquennats; dafür berührt sie die zweite dieser beiden Fragen, wo eine Kompromißpolitik vielleicht einsehen könnte, nämlich die der zweijährigen Dienstzeit. Es klingt etwas matt, wenn gesagt wird, daß zur thumlichsten Erleichterung der Lasten die Dienstplicht bis zur militärisch als zulässig erkannten Grenze tatsächlich eingeschränkt werden soll, und die Erwiderung drängt sich sofort auf, warum etwas, was "tatsächlich" zugestanden werden kann, nicht auch gesetzlich fixirt werden soll. Was die Thronrede über die Verjüngung der Armee und über die Schonung sagt, die den älteren Jahrgängen durch die Heeresreform gewährt werden soll, das hält sich, wie selbstverständlich, weit entfernt von der Sprache, die das "Militärwochenblatt" über die Landwehr geführt hat; aber im Kern ist hier dieselbe Anschauung wie dort zu verspüren. Nach dieser Thronrede bleibt der Vereblichkeit des Grafen Caprivi ohne jede Einschränkung Alles vorbehalten, um dem Reichstage die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Heeresreform beizubringen. Es ist ein nie dagewesener Anblick. Was nicht einmal Fürst Bismarck auf seine nicht gerade schwachen Schultern zu nehmen gewagt hatte, das nimmt und wagt jetzt sein Nachfolger.

Breslau, 22. Nov. Wie hiesige Blätter melden, beschloß heute der Ausschuss der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt für Schlesien in Abänderung eines vom Vorstände eingebrachten Antrages zur Beförderung des Baues von Arbeiterwohnungen an Gemeinden, milde Stiftungen, Unternehmer und Arbeitgeber jährlich bis zu 1/2 Millionen Mark auszuleihen. Die ausgetheilten Summen sollen zu 3 Prozent verzinst werden; ihre Tilgung hat regelmäßig und in längstens fünfzig Jahren zu erfolgen. Die Beilehungsgrenze ist auf 75 Prozent des Platz- und Bauwerthes der Grundstücke festgesetzt.

Hamburg, 22. Nov. Der Senat hat heute für den Rest des Jahres 1892 und für das Jahr 1893 den Bürgermeister Dr. Moenckberg zum Ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Bersmann zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

* **Landesberg a. N., 21. Nov.** [Versuchter Lustmord.] Gestern ist in der Nähe des Kirchhofs zwischen Kladow und Himmelstädt ein entsetzliches an die Lustmorde erinnerndes Verbrechen verübt worden. Der Tapezierer Fuhrmann und der Fischhändler Koesch hielten sich gestern Mittag in der bezeichneten Gegend zum Zwecke der Kantinchenjagd auf. Es kam ihnen ein Mann entgegen, der milb und aufgeregt ausah. Unmittelbar darauf, nachdem der Fremde verschwunden war, wurden Fuhrmann und Koesch von einer Frau angerufen. Es liege am Kirchhof ein junges Mädchen mit durchschnittenem Halse. Wie die Männer sich überzeugten, ging ein von einem breiten Messer herrührender Stich quer durch den Hals. Die Kleider waren von oben bis unten zer schnitten. Eine oberflächliche Besichtigung ergab, daß die Unglückliche, in der man die 17jährige Eigentümers Tochter Marie Grünberg aus Banziner Theerofen erkannte, auch am Rücken und am Gesäß verletzt war. Infolge des großen Blutverlustes war die Grünberg kaum im Stande, zu sagen, daß sie von einem fremden Manne überfallen und in der von uns beschriebenen Weise zugerichtet worden war. Das Mordinstrument, ein breites Messer, wie es die Bäcker zum Teigkneten gebrauchen, lag am Thortort. Die von der Grünberg mit kurzen Worten gegebene Personalbeschreibung des Thäters paßte auf den Menschen, den Fuhrmann und Koesch gesehen hatten. Sanitätsrath Geride, der zufällig in jener Gegend anwesend war, leistete die erste Hilfe und veranlaßte die Ueberführung der Schwerverletzten in die Wohnung der Eltern. Mit fieberhafter Eile trafen die Großgrundbesitzer sofort sehr Vorkehrungen zur Verfolgung des Thäters, während durch reitende Boten zunächst die hiesige Gendarmerie benachrichtigt wurde. Oberwachmeister Gotich und Gendarm Häde stürzten ohne Rücksicht darauf, ob ihre Pferde zusammenbrechen würden, augenblicklich los und ritten auf zwei verschiedenen Wegen nach der Richtung, die der Fremde genommen haben sollte. Kurz vor Hohenwalde, gegen 4 Uhr Nachmittags, trafen die Beamten einen Menschen, der der Thäter sein konnte und der sich Wäcker Emil Böttcher aus Anhalt-Vernburg nannte. Er bestritt die That. Da der Arzt erklärte, daß eine Konfrontation möglich sein würde, wurde die Gegenüberstellung bewirkt, nachdem man die Verletzte noch gefragt hatte, ob sie den Thäter wiedererkennen würde und sie dies bejaht hatte. Als Böttcher gegen 6 Uhr Nachmittags in das Zimmer trat, schreute die Grünberg sofort zusammen und erklärte mit schwacher Stimme: "Das ist er!" Darauf wurde Böttcher gefesselt und in fester Gewahrsam gebracht. Heute Mittag 12 Uhr ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt, daß Böttcher hier eingebracht werden würde. Es rief das eine große Aufregung hervor und brachte eine große Menschenmenge auf die Beine, die den Verbrecher bis zum Justiz-Gefängnis begleitete. Inzwischen ist Böttcher dem Risch und Fuhrmann vorgeführt und auch von diesen als der Mensch erkannt worden, den sie in unmittelbarer Nähe des Thortortes angetroffen hatten. Weiter hat sich ein ganz wichtiges Moment ermitteln lassen: Das Teigmesser, mit dem die That verübt ist, hat Böttcher dem Bäckermeister in Deckel gestohlen, bei dem er ganz kurze Zeit gearbeitet hatte, dann aber fortgelaufen war. — Marie Grünberg diente in Kladow. Gestern war ihr Geburtstag, den sie bei ihren Eltern verleben wollte. Unterwegs ist nun der entsetzliche Vorfall passiert. Heute Morgen wurde sie lebend in das hiesige Krankenhaus übergeführt. Mittags hat sich eine Gerichtskommission nach Banzin begeben. (Neum. Btg.)

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 22. Nov. [Abgeordnetenhaus.] Von der Regierung ist heute das Gesetz über die Festsetzung des Rekruten-Kon-

tingents für das Jahr 1893 vorgelegt worden. Durch dasselbe wird auf Grund der Volkszählung von 1890 das Kontingent des Heeres und der Kriegsmarine mit 59 211 Mann, das der Landwehr mit 10 000 Mann festgesetzt. Für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ergibt sich eine Verminderung des Kontingents um 1178 Mann.

Wien, 22. Nov. Das Abgeordnetenhaus drückte mit 155 gegen 104 Stimmen seine Mißbilligung über die bekannten Aeußerungen des Abgeordneten Menger aus.

Wien, 22. Nov. Als Einleitung zu der in den Delegationen angekündigten Umwandlung der beiden Genie-Regimenter und des einen Pionier-Regimentes in 15 selbständige Pionier-Feldbataillone veröffentlicht das heutige Militärverordnungsblatt vorläufige organisatorische Aenderungen. Der Generalmajor Berk von Nordenau ist mit den Geschäften eines General-Genie-Inspektors betraut worden.

Wien, 22. Nov. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Handschreiben des Königs an den Grafen Szapary, durch welches derselbe seines Postens als Ministerpräsident enthoben wird. Dem Grafen Szapary wird darin für seine jederzeit bewiesene Opferwilligkeit sowie für die in reinem patriotischen Streben und selbstlosem Eifer geleisteten treuen Dienste die dankbare Anerkennung des Königs und die Versicherung der unveränderten Gnade desselben ausgesprochen.

Wien, 21. Nov. In der heutigen Konferenz der liberalen Partei erklärte der Ministerpräsident Dr. Wessely, jedes Mitglied des Kabinetts wünsche einen unmittelbaren Kontakt mit den Mitgliedern der Partei. Die Partei müsse auf der prinzipiellen Grundlage zusammenhalten und aushalten. Die Regierung könne nur mit einer Partei zusammenwirken, welche ihr ein mit allen Attributen der Verfassungsmäßigkeit versehenes Wirken ermögliche. In diesem Sinne bitte er die Partei um ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. (Wiederholte lebhafteste Zustimmung). Präsident Bodmaniezky sowie die hervorragenden Mitglieder der Partei drückten dem Chef des Kabinetts und dem neuen Kabinete ihr rückhaltloses Vertrauen aus. Koloman Tilza erklärte gegenüber den von der Opposition ausgeführten Gerüchten über eine bestehende Tilza Clique, er wolle seit seinem Austritte aus dem Amt lediglich als einfaches Mitglied der Partei und werde als solches stets seine Pflicht erfüllen.

Petersburg, 22. Nov. Die "Börzenzeitung" meldet, auswärtige Hauptaktionäre der hiesigen vor 4 Jahren gegründeten sogenannten russisch-französischen Bank hätten die Frage d. r. Liquidation oder Verschmelzung mit der Petersburger Privat-Handelsbank angeregt. Die Entscheidung liege gegenwärtig im Finanzministerium.

Bern, 22. Nov. Der Bundesrath hat den Kanton Bern als Heimathskanton für verpflichtet erklärt, die strafrechtliche Verfolgung des in Basel verhafteten Friedrich Thierstein wegen des im Großherzogthume Baden begangenen Raubmordes zu übernehmen.

Paris, 22. Nov. Die Deputiertenkammer nahm in der heutigen Sitzung die Wahl einer Untersuchungs-Kommission in der Panama-Angelegenheit vor. Am Sonnabend wird die Kammer einen Antrag berathen, nach welchem den Mitgliedern der Untersuchungs-Kommission ein Theil der Befugnisse des Untersuchungsrichters zugestanden werden soll.

Paris, 22. Nov. Einzelne Blätter sprechen die Befürchtung aus, die parlamentarische Untersuchung in der Panama-Angelegenheit werde kein Resultat ergeben. Die Kommission dürfe sich nicht darauf beschränken, die beschuldigten Abgeordneten zu fragen, ob sie Geld bekommen hätten, da alle das Gegenteil beides würden, die Kommission müßte die entsprechenden Dokumente herbeischaffen, um die Aussagen der Deputierten zu kontrollieren. Sämmtliche Blätter messen jedoch der gestrigen Sitzung eine außerordentliche Bedeutung bei. Das "Journal des Debats" meint, kein Parlament biete einen analogen Fall; die Konsequenzen seien unabsehbar.

Paris, 22. Nov. Die republikanischen Deputierten versammelten sich in einer heute Vormittag stattgehabten Plenarversammlung über die Liste der Kandidaten für die Untersuchungs-Kommission in der Panama-Angelegenheit. Die aufgestellte Liste umfaßt 23 Republikaner, einen Boulangisten und neun Konservative.

Paris, 22. Nov. Die Deputierten der Linken werden heute Vormittag eine Plenarsitzung abhalten, um sich mit der Rechten bezüglich der Mitgliederliste für die Panama-Kommission zu verständigen.

Aus Portonovo wird gemeldet, König Behanzin hätte die ihm gestellten Friedensbedingungen angenommen. Nach anderen Meldungen aus Portonovo hätte General Dobbs die Stadt Abomey von der Bevölkerung verlassen gefunden. Rana wäre in Asche gelegt worden. Ein anderes Gerücht besagt, einer der gefangenen genommenen Schwarzen sei König Behanzin.

Paris, 22. Nov. Die Morgenblätter sind einstimmig der Ansicht, daß nach den gestern von Delahaye in der Kammer erhobenen Anklagen die Untersuchung der Panama-Angelegenheit eine unabweisbare Nothwendigkeit sei und daß man jetzt über die Angelegenheit so schnell wie möglich volles Licht verbreiten müsse.

Brüssel, 22. Nov. Die internationale Münzkonferenz ist heute Nachmittag 2 Uhr im Akademie-Palast durch den Ministerpräsidenten Beernaert mit einer längeren Rede eröffnet worden, in welcher er die Delegirten willkommen hieß und einen geschichtlichen Ueberblick über die Münzfrage gab.

Brüssel, 22. Nov. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm aus Zanzibar ist die nach Katanga entsandte Expedition Delcommunes, von welcher man bereits seit 1 1/2 Jahren keine Nachricht hatte, am 20. August in Mpala eingetroffen. Delcommune hofft, im Dezember in Lusambo zu sein.

Genf, 21. Nov. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte 6 Personen wegen Theilnahme an den letzten sozialistischen Unruhen zu je 15 Tagen Gefängnis. Ein nicht vor Gericht erschienener Angeklagter wurde in contumaciam zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

London, 22. Nov. Der "Standard" läßt sich aus Bukarest melden, die Führer der Radikalen in Serbien hätten bald nach dem Sturze des Kabinetts an den Kaiser von Rußland eine Petition gesandt, und in derselben um seine Unterstützung gegenüber den Regenten und dem neuen liberalen Ka-

binet gebeten. Die Petition sei jüngst den Petenten zurückgesandt worden.

Serajewo, 22. Nov. Bergangene Nacht in der Zeit von 12 Uhr 30 Min. bis 12 Uhr 45 Min. wurden hier sowie in den Ortschaften Tuzla und Zenica mehrere ziemlich heftige Erdstöße verspürt, deren Dauer 3 bis 5 Sekunden betrug.

Thorn, 23. Nov. [Privat-Telegramm der "Post".] In Kiewo kamen zwei neue Erkrankungen und ein Todesfall vor, wodurch die Zahl der Cholerafälle auf 10 gestiegen ist.

Berlin, 23. Nov. Zur Meldung der "Post", wonach "verschiedene Anzeichen" bekanntlich darauf schließen lassen sollten, daß die Regierung zu KonzeSSIONen bezüglich der Präsenziffer und des Kostenpunktes der Militärvorlage bereit sei, sagt die "Nordd. Allg. Btg.", es wäre interessant zu wissen, was die "Post" als solche Anzeichen ansehe. Es entspreche nicht den bisher geübten Gepflogenheiten, daß die Regierung, noch ehe die Vorlage überhaupt eingebracht sei, sich bereit zeige, die Vorlage nach irgend einer Richtung abzuändern.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Grad.
22. Nachm. 2	768.8	W schwach	bedeckt	- 1.2
22. Abends 9	768.1	W leicht	bedeckt	- 2.9
23. Morgs. 7	765.2	W schwach	bedeckt	- 2.9

1) Früh Nebel.
Am 22. Nov. Wärme-Maximum + 0.7° Cels.
Am 22. " Wärme-Minimum - 3.0° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. Nov. Morgens 0.48 Meter.

" " 22. " Mittags 0.48 "

" " 23. " Morgens 0.48 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 22. November. (Schlußkurse.) Fest.
Neue 3proz. Reichsanleihe 85.70, 3 1/2proz. " 87.85, Rentol. Türken 21.55, Türkl. Loose 91.75, 4proz. ung. Goldrente 95.90, Bresl. Diskontobank 96.00, Breslauer Wechselbank 95.60, Kreditaktien 167.50, Schles. Bankverein 112.50, Donnersmarchhütte 82.00, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114.50, Oberschles. Eisenbahn 49.00, Oberschles. Porzellan- u. Zement 70.00, Schles. Zement 114.50, Oppeln. Zement 85.25, Schl. D. Zement 114.50, Franka 120.00, Schles. Zinkaktien 186.50, Laurahütte 100.15, Verein. Delfabr. 93.00, Oesterreich. Banknoten 170.10, Russ. Banknoten 200.75, Oestl. Zement 72.50.

Hamburg, 22. Nov. Sehr fest.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Gr., 2784 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 114.25 Gr., 113.75 Gd.
Frankfurt a. M., 22. Nov. (Schlußkurse.) Fest.
Lond. Wechsel 20.347, 4proz. Reichsanleihe 106.95, Oesterr. Silberrente 82.45, 4 1/2proz. Papierrente 82.90, do. 4proz. Goldrente 97.80, 1880er Loose 125.20, 4proz. ung. Goldrente 95.80, Italiener 92.50, 1880er Russen 96.50, 3. Orientanl. 65.80, uniz. Egypter 99.80, türk. Türken 21.55, 4proz. türk. Anl. 85.50, 3proz. port. Anl. 23.40, 5proz. serb. Rente 75.90, 5proz. amort. Rumänier 96.90, 5proz. tonjol. Mexik. 79.10, Böhm. Westbahn —, Böhm. Nordb. 151 1/2, Franzosen —, Galtzer 182 1/2, Gotthardbahn 156.90, Lombard n. 83 1/2, Lübeck-Büchen —, Nordwestbahn 178 1/2, Kreditaktien 267 1/2, Darmstädter 134.20, Mitteld. Kredit 97.50, Reichsb. 149.50, D. Kommandit 183.30, Dresdner Bank 140.90, Bayer. Wechsel 80.933, Wiener Wechsel 169 1/2, 5. serbische Tabakrente 75.90, Bochum. G. 116.70, Dortmund. Union 53.30, Sarpener Bergwerk 130.8, Siberia 119.50, 4proz. Spanier 62.90, Mainzer 111.70.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 268 1/2, Disk.-Kommandit 181.00, Böhmische Westbahn —.
Wien, 22. Nov. In Erwartung deutscher Thronrede reservirt, nur Kreditaktien schwächer. Schluß auf Berlin erholt.
Oesterr. 4 1/2proz. Papierrent. 97.72 1/2, do. 5proz. 100.40, do. Silberrent. 97.40, do. Goldrente 115.10, 4proz. ung. Goldrente 113.10, 5proz. do. Papierrent. 100.45, Vandalbank 225.60, Oesterr. Kreditakt. 315.85, ungar. Kreditaktien 362.75, Wien. St.-B. 113.90, Elbe-Halbahn 228.50, Galtzer 215.75, Remberg-Cernowitz 244.00, Lombarden 95.60, Nordwestbahn 210.75, Tabakakt. 172.50, Napoleons 95.5 1/2, Marknoten 58.82 1/2, Russ. Banknoten 1.17 1/2, Silbercoupons 100.00, Bulg. garische Anleihe 108.00.

Nachbörse. Oesterr. Kreditaktien 317.00, 4% ungar. Goldrente 113.20, Oesterr. Goldrente —.

Petersburg, 22. Nov. Wechsel auf London 101.20, Russ. II. Orientanl. 102 1/2, do. III. Orientanl. 105, do. Bank für ausm. Handel 272, Petersburger Diskontobank 463, Warshawer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 451, Russ. 4 1/2proz. Boden-kreditpfandbriefe 159, Gr. Russ. Eisenbahn 256 1/2, Russ. Südwestbahn-Alten 115.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 22. Nov. Getreidemarkt. Weizen und Roggen niedr., loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 123. — Gerste flau. Hafer unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 130. — Weize Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loco 50, per Novbr. 50 1/4, per Dezbr. 49 1/4. — Wetter: Schnee.

Danzig, 22. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco niedr. Am-satz 50 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt bis —, do. hochbunt und glatt 150—152, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 148, do. p. Novbr. Transitt 126 Pfd. —, do. pr. April-Mai Transitt 126 Pfd. 131.00, Roggen loco niedriger, inländisch p. 120 Pfd. 120—121, do. polnischer oder russischer Transitt 104—105, Regulirungspreis zum freien Verkehr 12 1/2, do. November, Transitt 120 Pfd. 105.00, do. pr. April-Mai, Transitt 101.00, Gerste große loco 142—144, Gerste kleine loco —, Hafer loco —, Erbsen loco 135—137, Spiritus p. 10 000 Str.-Proz. loco kontingentirt 48.75, nicht kontingentirt 29.00. — Wetter: Bedeckt, windig.

Röln, 22. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loco fleißiger 16.25, do. fremder loco 17.00, p. November 16.10, per März 16.55. — Rogge fleißiger loco 15.75, fremder loco 16.75, per Novbr. 14.90, per März 14.70, Hafer fleißiger loco 15.75, fremder —, Rübsel loco 56.00, per Nov. —, per Mai 53.50. — Wetter: Schön.

Bremen, 22. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Saß-freier. Russig. Brutto 5.65 Br.

Baumwolle. Stramm. Upland middl. loco 49 1/2, Pf., Upland Middl. nichts unter low middl. auf Terminlieferung per Novbr. 49 Pf., p. Dezbr. 49 Pf., per Jan. 49 1/2, Pf., p. Febr. 49 1/2, Pf., p. März 50 Pf., p. April 50 1/2, Pf.
Schmalz. Steigend. Schafer — Pf., Wilcox 48 1/2, Pf., Choice

